



Aktionsbündnis Ländlicher Raum Hessen

Haus der hessischen Landwirtschaft
Taunusstraße 151
61381 Friedrichsdorf

Kontakt: presse@hessischerbauernverband.de
info@hesswald.de

Pressemitteilung

12. November 2025

Die Bundesregierung bleibt dem ländlichen Raum ihre eigenen Koalitionsversprechen bisher schuldig

Wiesbaden. Nur sechs Monate nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags zieht das Aktionsbündnis Ländlicher Raum Hessen eine ernüchternde Bilanz: Die Bundesregierung scheitert bereits an der Umsetzung ihrer eigenen Zusagen, klar vereinbarte politische Vorhaben stecken im Kabinett fest und versanden in Ressortstreitigkeiten. Das Vertrauen des ländlichen Raums in politisches Handeln droht verloren zu gehen.

Das *Aktionsbündnis Ländlicher Raum Hessen* vereint 26 Verbände aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd, Energiewirtschaft und ländlicher Entwicklung. Gemeinsam vertreten sie die Interessen derjenigen, die täglich Verantwortung für Flächen, Ressourcen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum tragen.

„Der Koalitionsvertrag ist kein Wunschzettel, sondern ein Regierungsauftrag“, sagte Philipp Victor Russell, Vorsitzender der *Familienbetriebe Land & Forst Hessen*. „Wenn die Regierung nicht einmal die eindeutigsten Vereinbarungen umsetzt, scheitert sie an sich selbst. Es fehlt nicht an Beschlüssen – es fehlt an Führung, Klarheit und der Kraft, getroffene Entscheidungen auch durchzusetzen.“

Ein Beispiel ist das Bodenüberwachungsgesetz (Soil Monitoring Law) auf europäischer Ebene. Im Koalitionsvertrag habe die Bundesregierung klar festgehalten, ein solches Gesetz abzulehnen, um zusätzliche Belastungen zu verhindern. „Wir erkennen an, dass die Bundesregierung als einziger Mitgliedstaat das Gesetzesvorhaben abgelehnt hat. Leider haben die SPD-Europaabgeordneten dies bei der Abstimmung durch ihr positives Votum für das Vorhaben gewisser Weise in Frage gestellt“, kritisierte Karsten Schmal, Präsident des *Hessischen Bauernverbandes*. „Das EU-Bodenüberwachungsgesetz bringt mehr Bürokratie statt besseren Bodenschutz. Landwirte schützen Böden aus eigenem Interesse – Brüssel braucht keine neuen Regeln, sondern weniger.“

Auch im Bereich der Jagdpolitik bleibe das Handeln weit hinter den eigenen Zusagen zurück. „Der Koalitionsvertrag sagt eindeutig: *Wir nehmen den Wolf umgehend ins Jagdrecht auf.*‘ Stattdessen erleben wir eine endlose Debatte zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium, in der jede klare Entscheidung vermieden wird“, sagte Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Präsident des *Landesjagdverbandes Hessen*.

„Rechtssicherheit entsteht nicht durch Abwarten, sondern durch Umsetzung. Das erwarten Landnutzer und Bürger gleichermaßen.“

Ähnlich widersprüchlich ist die Haltung der Bundesregierung zur EU-Entwaldungsverordnung (EUDR). Dort heißt es im Koalitionsvertrag ausdrücklich, dass die Verordnung durch die Einführung einer *Null-Risiko-Variante* keine Anwendung finden soll. „Genau das Gegenteil passiert“, so Carl Anton Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Präsident des *Hessischen Waldbesitzerverbandes*. „Statt Entlastung erleben wir Stillstand, weil Ressorts gegeneinander laufen. Das Kanzleramt ist gefordert, die vereinbarte Linie verbindlich zu sichern und endlich umzusetzen.“

Sowohl die EUDR als auch das europäische Bodenüberwachungsgesetz belasten Land- und Forstbetriebe mit zusätzlicher Bürokratie, Berichtspflichten und Kosten, ohne spürbaren Mehrwert für Umwelt oder Klima in Deutschland. Beide ignorieren bestehende nationale Regelungen, die bereits wirksam zum Schutz von Böden und Wäldern beitragen. Anstatt neue Vorgaben aus Brüssel zu schaffen, braucht es praxistaugliche Lösungen, die Wettbewerbsfähigkeit sichern und Landnutzung ermöglichen – nicht weitere Auflagen, die Ressourcen binden und keine Wirkung entfalten.

Diese drei Fälle sind nur beispielhaft für eine wachsende Zahl politischer Zusagen, die im Regierungsalltag liegenbleiben. Abschließend fordert das Aktionsbündnis: „Die Bundesregierung muss Beschlüsse jetzt umsetzen und ressortübergreifend durchsetzen. Führung zeigt sich daran, dass Vereinbartes gilt – auch im Kabinett“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. „Der ländliche Raum braucht Verlässlichkeit statt weiterer Verzögerungen. Noch ist Zeit, Vertrauen zurückzugewinnen, aber nicht mehr lange.“

Autor: Aktionsbündnis Ländlicher Raum Hessen
E-Mail: presse@hessischerbauernverband.de | info@hesswald.de